

# Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 18

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 6. Mai 1922

Anzeigen kosten die sechsgepaltene Non-  
pareilzeile oder deren Raum 3 Mark  
(der Betrag ist stets vorher einzusenden).  
Verbandsanzeigen 1,50 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

**Kollegen!** Die jetzige Frühjahrszeit muß für unsere Verbandsinteressen gut ausgenützt werden. Werbt neue Mitglieder! Wiederum haben einige Tausend Lehrlinge die Lehre verlassen, sie sind Gehilfen geworden. Sorgt dafür, daß sie sich, soweit sie der Jugendabteilung unseres Verbandes angehörten, sofort ummelden! Wo das nicht der Fall ist, sind sie dem Verbandszuführen! Etliche Hundert junger Leute sind aber auch neu in die Lehre eingetreten. Zu ihrer reiflosen Erfassung in der Lehrlingsabteilung unseres Verbandes beizutragen, ist Pflicht jedes Kollegen! **Nützt die Zeit! An die Arbeit!**

## Ein menschenwürdiges Dasein.

Seit Jahrtausenden ringt die Menschheit in ihren edelsten Vertretern um eine Menschengemeinschaft, aus der die Gegensätze zwischen arm und reich verschwunden sind. Der klaffende Zwiespalt zwischen bergeshohem Reichtum und abgrundtiefer Armut soll beseitigt, das bodenlose Meer des Massenelends soll ausgetrocknet werden. Die Lebensmöglichkeit eines jeden Mitgliedes dieser Gemeinschaft soll gesichert, einem jeden Menschen, der seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, soll ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet werden. Eine solche Menschengemeinschaft, die allen Sozialisten als erstrebenswertes Ziel vorschwebt, kann allerdings erst dann errichtet werden, wenn das kapitalistische Unkraut der Eitelkeit und der Habgier mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, wenn die Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwunden ist. Das menschliche Zusammenleben, das bisher auf der Ueberwertung, Unterdrückung und Entrechtung des einen Menschen durch den andern beruhte, muß auf eine neue, höhere Grundlage gestellt werden, nämlich auf die Grundlage des Solidarismus, der Gerechtigkeit, der Menschenliebe, der sozialen Gleichwertigkeit und der gleichen sozialen Gelegenheit. Um die Menschen zu Talsozialisten zu machen, die den Sozialismus nicht nur im Herzen tragen und auf den Lippen führen, ist nicht nur eine seelische Umwandlung sittlicher Art nötig, die durch Bildung und Erziehung erreicht werden kann, sondern auch eine Umgestaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Unsere Wirtschaft muß entkapitalisiert und sozialisiert werden, was geschehen wird durch eine Enteignung der Ausbeuter und eine Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit; auch muß die kapitalistische Erwerbswirtschaft umgewandelt werden in eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft, und endlich gehört auch noch dazu, daß die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft ersetzt wird durch eine planvoll organisierte Wirtschaft, in der alle wirtschaftlichen Kräfte zusammengefaßt sind auf ein gemeinsames Ziel, das Wohl der Gesamtheit, gerichtet werden. Dann, aber erst dann, wird das Ziel, ein menschenwürdiges Dasein für alle, erreicht werden.

In den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung verstand man unter einem menschenwürdigen Dasein eine gute, ausreichende, materielle Existenz. Auch der Proletarier wollte als Mensch leben; er wollte in bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung den andern Volksgenossen gleich sein. Das war die Zeit, als die soziale Frage als eine Fragenfrage, als eine Messer- und Gabelfrage aufgefaßt wurde, als Heinrich Heine in seinem „Wintermärchen“ den verelendeten Proletariern die Worte in den Mund legte: „Wir wollen auf Erden glücklich sein, wir wollen nicht mehr darben, verelenden soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben“; als er in seinen „Wanderratten“ das Proletariat schilt in den Herzen: „Der stinkliche Mattenhäufen, er will nur fressen und saufen, er denkt nicht, während er sauft und frißt, daß unsere Seele unsterblich ist.“ Damals kam es tatsächlich zunächst darauf an, die ausgehungerten, im tiefsten Elend stehenden Massen materiell zu heben und ihnen als nächstes

Ziel eine gesicherte materielle Existenz zu zeigen. Es war eine aus den damaligen Verhältnissen heraus geborene, sehr richtige Taktik für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um eine bessere Lebenshaltung des Proletariats zu kämpfen; denn zuerst muß ein Mensch und eine Klasse in wirtschaftlicher Beziehung aus dem Größten herausgearbeitet sein und wenigstens halbwegs festen Boden unter den Füßen haben, ehe an Erziehungs- und Kulturarbeit gedacht werden kann. Die Pioniere der Arbeiterbewegung, denen die Menschheit soviel verdankt, legten deshalb mit vollem Recht den Hauptwert auf die materielle, wirtschaftliche Seite des menschlichen Daseins.

Allmählich aber dämmerte in den proletarischen Schichten die Erkenntnis, daß es neben und über dem Materiellen noch etwas Höheres gibt, daß auch die Seele ihr Recht verlangt. Das Bibelwort: „Was nützte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, aber Schaden litte an seiner Seele?“ gewann an Boden in den proletarischen Massen, und es erwachte ein Leben nach Wissen und Bildung, nach Kunst und Kultur. Auch die Proletarier wollten Anteil haben an dem geistigen und kulturellen Schätzen, die in der Menschheit aufgehäuft worden sind, auch sie erheben Anspruch auf alles das, was den Menschen über das Werttagstreiben erhebt, was erst eigentlich das Leben gut und schön und lebenswert macht. Mit innerem Unwillen empfanden sie die Zurücksetzung, die darin liegt, daß sie von den Quellen der Kultur abgesperrt, daß sie zur Kulturlosigkeit verdammt worden waren. So entwickelte sich die Arbeiterbewegung zu einer Kulturbewegung, der Wirtschaftssozialismus erweiterte sich zum Kultursozialismus. Es ist ungemein viele Arbeit geleistet worden — und es wird heute mehr als jemals in diesem Sinne gearbeitet —, um die Arbeiterchaft geistig, sittlich und kulturell zu heben, um auch die Proletarier und Proletarierinnen zu Vollmenschen und Kulturmenschen zu machen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wenn auch noch breite Schichten der Bevölkerung, die von dieser Arbeit nicht erfaßt werden konnten, in der Unkultur und Unwissenheit stecken geblieben sind, so kann doch die deutsche Arbeiterbewegung mit Stolz und Befriedigung sagen, daß alle die großen Opfer, die für Bildungs-, Erziehungs- und Kulturzwecke gebracht wurden, nicht vergeblich gewesen sind.

Neben dieser Entwicklung zur Kultur beobachteten wir auch das Erwachen des proletarischen Selbstbewußtseins. Die organisierten, aufgeklärten Proletarier wurden sich ihrer Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Leben bewußt, sie bekamen ein starkes Gefühl für ihre Würde als Mensch und Arbeiter. Sie wollten nicht mehr die verachteten Parasiten bleiben, die man geringschätzig über die Achsel ansah, sie erhoben Anspruch auf die soziale Gleichwertigkeit. Auch der Mann im Arbeitskitel, die Frau im Arbeitskleide forderten Achtung, Ehre und Anerkennung, weil sie erkannt hatten, daß auf ihrer Arbeit die menschliche Gesellschaft aufgebaut ist. Das Schillerwort: „Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß“, war ihnen aus der Seele gesprochen, und mit Stolz und Gleichmut sie den Satz Dantlers in Schillers „Wallenstein“ zu ihrem Wahlpruch: „So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!“ Dieses stark ausgeprägte Selbst-

bewußtsein wurde ergänzt durch ein stark ausgeprägtes Rechtsbewußtsein. Der moderne Arbeiter wollte den andern Volksgenossen nicht nur gleichwertig, sondern auch gleichberechtigt sein, er verlangte das Mitbestimmungsrecht in Staat, Gemeinde und Wirtschaftsleben. Es sind zahlreiche, erbitterte Kämpfe geführt worden um die Gleichberechtigung, und diese Kämpfe haben dazu geführt, daß heute das gleiche Recht für alle in der Reichsverfassung festgelegt worden ist, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß jedes neue Recht zunächst in der Theorie besteht und erst dann zur Tatsache wird, wenn es durch die geistige, wirtschaftliche und organisatorische Macht gesichert wird. Wenn wir auch heute noch längst nicht über den Berg hinweg sind und das erreicht haben, was uns als Ziel vorschwebt, so sind wir doch dem schon bedeutend nähergerückt, was Wilhelm Weitling im Jahre 1841 forderte: „Auch wir deutschen Arbeiter wollen eine Stimme haben in den öffentlichen Beratungen über das Wohl und Wehe der Menschheit; denn wir, das Volk in Blausen, Jacken, Kitteln und Klappen, wir sind die zahlreichsten, nützlichsten und kräftigsten Menschen auf Gottes weitem Erbe. Auch wir wollen eine Stimme erheben für unser und der Menschheit Wohl, damit man sich überzeuge, daß wir recht gute Kenntnis von unsern Interessen haben, und daß wir, ohne von Lateinischen, Griechischen und Kunstgemäßen Ausdrücken aufgeschwollen zu sein, recht gut und zwar auf gut deutsch zu sagen wissen, wo uns der Schuh drückt. Auch wir wollen eine Stimme haben; denn wir haben noch nie eine gehabt, damit man uns endlich kennen lerne, weil man uns bis jetzt noch immer verkannt hat.“

Seitdem diese Worte geschrieben wurden, sind 80 Jahre verfloßen, und diese kurze Spanne Zeit hat genügt, um das deutsche Proletariat zum einflussreichsten Faktor in Staat und Gesellschaft zu machen. Das konnte aber nur dadurch erreicht werden, daß zahlreiche Proletarier und Proletarierinnen — leider noch längst nicht alle! — ihre Pflicht getan haben gegen sich und ihre Klassengenossen. Welch unbeschreiblich große Opfer sind gebracht, welche unendliche Mühen und Anstrengungen sind angewandt worden, um die Massen aus dem Sumpfe wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Elends zu heben! Dieser zähen unermüdbaren Arbeit ist es zu verdanken, daß wir heute unter einem menschenwürdigen Dasein mehr verstehen als vormals. Heute erhebt das Proletariat Anspruch auf eine ausreichende materielle Existenz, auf Wissen, Bildung, Kunst und Kultur, auf Ehre, Achtung, Anerkennung und Menschenwürde, auf Freiheit, Recht, Mitbestimmung und Persönlichkeit. Aber es hat auch erkannt, daß uns dieses menschenwürdige Dasein nicht wie ein Geschenk des Himmels in den Schoß fällt, sondern daß wir es uns in hartem Kampfe erringen müssen. Schande deshalb über jeden Arbeiter, über jede Arbeiterin, die sich nicht einreihen in die proletarische Kampffront, die vielmehr tatlos abseits stehen und wie Schwarzer die Früchte verzehren, die ihre kämpfenden Brüder und Schwestern gepflückt haben! „Vor den Erfolgen haben die Götter Mühe und Schweiß gestellt!“ sagt ein altgriechischer Dichter, und diese ewige Wahrheit sollte niemand vergessen, der aus der Verelendung heraus sich nach einem menschenwürdigen Dasein sehnt.



### Neue Lohnverhandlungen vor dem Haupttarifamt

landen vom 11. bis 13. April in Berlin statt. In einem kurzen Bericht in Nr. 18 des „Vereins-Anzeiger“ wurde schon das Wesentliche über das Ergebnis bekanntgegeben, so daß wir noch im Zusammenhang über die Verhandlungen selbst unsere Kollegen unterrichten wollen. Als Unparteiische waren wieder die Herren Ministerialrat Wulff und Oberregierungsrat Dr. Caesar bestimmt worden. Nach Eröffnung der Sitzung bedauerte der Vorsitzende, daß in einigen Städten die Gehilfen die Vereinbarungen nicht eingehalten und in den Ausstand getreten seien, doch hoffe er, daß es gelingen werde, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die letzte Tagung habe nur eine provisorische Entscheidung gebracht, jetzt lägen die amtlichen Resultate über die eingetretene Teuerung vor. Es erfolgte dann eine längere Aussprache über die eingetretenen Streiks. Die Arbeitgebervertreter verlangten, daß wie sie die Schiedsprüche durchzuführen haben, dies auch von der Gehilfenchaft geschehen müsse. Jede Partei müsse sich dem fügen. Die Kollegen Streine und Buch schilderten die Vorgänge; weder der Vorstand noch unsere Funktionäre seien schuld daran. Ist genug wäre unterseits gemacht worden, bei den Lohnfestsetzungen die verschiedenen Verhältnisse mehr zu berücksichtigen, leider wäre dies nie geschehen. So sehr auch unserseits diese Vorformnisse bedauert wurden, aber auch unserm Einfluß seien Grenzen gesetzt. Dazu komme, daß am 3. Januar auch die Arbeitgeber die Konjunktur ausgenutzt hätten. Die bekannten Aufforderungen in der „Allgemeinen Malerzeitung“ wären besser unterblieben. Möge diesmal das Haupttarifamt zu einer besseren Vorgehensweise kommen, damit wieder erträgliche Verhältnisse geschaffen werden. Nach Beendigung der Aussprache begründete Kollege Streine unsere Forderungen. Eingehend wies er auf das vorliegende Zahlenmaterial hin, aus dem sich zweifellos ergebe, wie in den letzten Wochen die Teuerung in schärfster Weise weiter gienge. Eine Reihe anerkannter Statistiker stellt eine allgemeine Steigerung von 35% fest. Wenn die Löhne dem entspricht nur nachkommen sollen, müsse eine erhebliche Lohnaufbesserung erfolgen. Es wäre nicht länger zu verantworten, daß die Malerlöhne gegenüber anderen Gewerben, besonders dem Baugewerbe, so weit zurückbleiben, sonst könne keine Zufriedenheit und Arbeitsfreudigkeit erreicht werden; ohne Berücksichtigung der einzelnen örtlichen Verhältnisse seien plötzliche Ausstände ganz unvermeidlich. Das Abkommen müsse wieder ein kurzfristiges sein.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß nach amtlichen Zahlen die Teuerung im Großhandel von 4103 im Februar auf 5433 im März gestiegen sei; die Lebenshaltungskosten des natürlichen Reichsamtis weisen eine Steigerung von 1989 auf 2302 auf, die Kosten für Ernährung 2727 im Februar und 3152 im März. Damit deckten sich im allgemeinen auch die von Dr. Silbergleit und Dr. Lippendorf errechneten Zahlen. Herr Kruse hob hervor, daß nur die amtlichen Zahlen eine Rückschau böten. Die allgemeine Teuerung bestritten sie nicht, nur über das Maß der eingetretenen Teuerung in den einzelnen Lohngebieten müßten wir uns klar werden. Hamburg, Frankfurt und Leipzig händen an der Spitze, das trafe zu aller in vielen andern Gegenden wäre die Sicherung nicht so groß. Die Arbeitgebervertreter waren der Meinung, daß bis heute die eingetretene Teuerung mit den im März festgesetzten Bewilligungen ausgeglichen seien. Er gab zu, daß die Gehilfen in manchen Orten weit zurückstehen gegenüber den Löhnen im Baugewerbe, es müsse aber an den zentralen Verhandlungen festgehalten werden, was nicht hindere, daß bestimmte Städte hervorgehoben werden könnten. Nur dürfe man den Bogen nicht überspannen, wenn das Gewerbe sich erholen soll. — In der weiteren Debatte vertrieben die Arbeitgeber nachzuweisen, daß die Indexziffern nicht über 20% hinausgingen. Das Mietshaus sei für das Baugewerbe die Grundlage, solange hier kein besserer Ausgleich geschaffen, die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben würde, können wir nicht vorwärts. Die Aufträge gingen immer mehr zurück. Ganz besonders kennzeichnend war die Stellungnahme von Herrn Dr. dem Vertreter aus Bayern, der die Ansicht vertrat, wenn man für die Malergehilfen höhere Löhne bewillige, trage das die andern Gewerbe (derweilen nicht doch sein, daß unsere Kollegen mit den Löhnen nicht nachziehen) und das darauf gehe von neuem los und eine allgemeine Preissteigerung folge nach. Uebrigens sei für Bayern keine erhebliche Preissteigerung vorhanden.

Unsere Kollegen bekämpften aufs Emsigste diese Ansichten. Es wäre nicht zu, daß nur 3 Städte in Deutschland hohe Teuerungsziffern aufweisen, viele andere Orte hätten die gleich hohe Preissteigerung aufzuweisen, das stelle die amtliche Statistik doch ausdrücklich fest. Selbst in vielen kleineren Orten sei die Preissteigerung genau so stark wie in größeren. Von einer gleichenden Lohnskala könne erst dann gesprochen werden, wenn zuvor eine richtige Grundlage für die Lohnaufbau geschaffen sei, sonst hätten wir ein bleibendes Risiko. Wie alles reurer werde, müssen auch die Löhne dem anpassen werden, unsere Kollegen könnten nicht länger zurückbleiben. Die zentralen Vereinbarungen trügen mit dazu bei, daß bestimmte Lohngebiete nicht hinreichend berücksichtigt werden. Drei keine bessere Lohnregelung ein, würde die weitere Auswanderung unserer besten Kräfte nicht einzudämmen sein. In Betracht käme doch, daß die amtlichen Zahlen nur bis 20. März vorlägen, während eine weitere Steigerung zum mindesten von 20% zu erwarten. Für eine angemessene Preissteigerung waren wir nicht zu haben, weil bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft im Baugewerbe noch nicht am Platz. Des Ausführungen des hiesigen Vertreters konnte in würdevoller Weise Kollege Bag entgegenwärtigen, der auf Grund reichhaltigen bewährten Material nachwies, wie gerade in Wirklichkeit die „billigen hiesigen Preise“ aussehen und wie demnach solche ungleichen während der Aufhebung der Zwangswirtschaft zu bewerten seien. Die viele Stunden währende Auseinandersetzung zeigte schon recht deutlich, wie überaus sich die Verhandlungen gehalten würden und daß die Arbeitgeber nach dem alten Rezept operierten: Ein Verhandlungsüber Lohnsteigerung wird ins Feld geführt, daß zu wenig Arbeit vorhanden, in manchen Orten noch erhebliche Gehilfen vorhanden seien, handelt es sich um die Arbeitsfrage, dann können sich

die Herren nicht vor Arbeit retten, es müsse länger gearbeitet werden, sonst verliere man die Aufträge. Also, wie's trifft, so wird die Dregel gestimmt.

Die soweit im Plenum geführte Aussprache wurde spät nachmittags beendet und im Haupttarifamt weiterverhandelt. Herr Kruse hob hervor, daß auf die im Februar vereinbarten Löhne aufgebaut werden solle und machte den Vorschlag, für Städte unter 50 000 Einwohnern 10%, für die größeren 12% anzubieten. Die Vereinbarungen sollten auf 4 Wochen gelten. Kollege Streine lehnte sofort das Angebot als völlig undiskutierbar ab. Die Indexzahlen reichten doch, bis 20. März und seitdem wäre eine ganz bedeutende Preissteigerung eingetreten. Um einigermaßen, wie das letztmal versprochen worden war, einen Ausgleich zu schaffen, wäre unsere Forderung eine Lohnsteigerung von 80%. Die Teuerung zwischen Groß- und Kleinstädten könnten wir ebenfalls nicht annehmen. Vielleicht wäre angängig ein allgemeiner Lohnzuschlag und dann eine besondere Gebörhebung bestimmter Lohngebiete. Wenn unsere Forderung auch hoch erscheinen möge, sie entspreche aber den tatsächlichen Verhältnissen. Die Zeit sei endlich da, unsere Tarifpolitik großzügiger zu fassen.

Nach längerer Aussprache hielten es die Unparteiischen für angebracht, unter sich zu beraten und den Parteien einen unverbindlichen Vorschlag zu machen, um diese näherzubringen. Nach ihrer Meinung wäre eine Bindung über den 15. Mai hinaus nicht dienlich. Die frühere Staffellung nach dem Vorschlag der Arbeitgeber zwischen großen und kleinen Städten wäre gleichfalls nicht haltbar. Sie schlugen 15% als einen ungefähren Maßstab vor, der nach unten und nach oben wandlungsfähig sein solle, also höher oder niedriger, das werde bei den Einzelberatungen zum Ausdruck kommen. Die Arbeitgeber glaubten die Vorschläge als Verhandlungsbasis annehmen zu können, nur dürfe die Zahl der Orte mit höheren Zuschlägen eine beschränkte bleiben. Kollege Streine hielt auch diesen Vorschlag für ungenügend, da verlohne es sich nicht, weiter zu verhandeln. 15% reichten nicht einmal bis jetzt aus und dann soll das Abkommen noch 4 Wochen dauern. Die Unparteiischen berieten dann bis später Nachtstunden mit den beiden Vorsitzenden der Parteien. Das dabei getroffene lose Abkommen wurde von diesen zur Sonderberatung den Parteien übermitteln. — Am folgenden Tage sollten im Plenum bezirksweise die Verhandlungen weitergeführt werden. Es wurde aber vom Kollegen Streine ausdrücklich bemerkt, nachdem die einzelnen Landesvorsitzenden völlig ungenügende Angebote unterbreitet hatten, daß eine andere Grundlage in Bezug auf den generellen Gehalt geschaffen werden müsse, wenn wir weiterkommen wollten. Es erfolgten scharfe Aussprachen, da die Angebote bis auf 5,5% herabgingen, wodurch jedes Verhandeln unmöglich erschien und auch das Angebot von 20% für wenige Orte noch eine allzugroße Spannung mit den Löhnen im Baugewerbe hinterließ.

Die Verhältnisse jedes einzelnen Tarifortes wurden kartografiert und die geltenden Baugewerkslöhne den Malerlöhnen gegenübergestellt. Trotz der offensichtlichen großen Spannungen in einer Reihe von Orten machten die Arbeitgebervertreter kein höheres Angebot, indem sie die schwarzesten Bilder für die zukünftige Gestaltung des Malergewerbes ausmalten, das mit dem Baugewerbe den Wettlauf nicht aufnehmen könne. Unter diesen Umständen war vorauszusetzen, daß eine gütliche Einigung der Parteien nicht zu erwarten war. Dennoch traten auf Ersuchen des Vorsitzenden unsere Bezirksleiter nochmals mit den Landesvorsitzenden zusammen, um erneut zu beraten und vielleicht für manche Orte doch noch einen Ausgleich zu erzielen. Das gelang nur für den 2. Bezirk, für die Lohngebiete in Brandenburg, außer Berlin, und für einige wenige Orte in den übrigen Bezirken.

Am 13. April wurden die Beratungen im Haupttarifamt über die noch strittigen Lohngebiete fortgesetzt. Nochmals kam es hier zu recht scharfen Auseinandersetzungen, ohne daß es gelang, bei den Arbeitgebern ein Entgegenkommen zu einem gerechten Ausgleich zu finden. Nach einstündigem hartnäckigem Herumstreiten zogen sich die Unparteiischen zurück, am abends 8 Uhr den Parteien ihre Vorschläge zu der Lohnfestsetzung in den strittigen Gebieten zu unterbreiten. Die beiderseitigen Parteien nahmen dazu Stellung. Unsere Vertreter mußten die Vorschläge im allgemeinen als außerordentlich unbefriedigend bezeichnen, weil ihre begründeten Einwendungen zu wenig oder überhaupt nicht Berücksichtigung gefunden hatten. Nach dem Wiederaufzusammensetzen des Haupttarifausschusses gelang es noch, für wenige Orte geringe Verbesserungen zu erzielen.

Die Abstimmung über das Gesamtergebnis ergab eine Mehrheit für die Vorschläge der Unparteiischen. Die neuen Lohnsätze gelten vom 15. April einschließlich bis zum 15. Mai dieses Jahres. Der Vorsitzende schloß die Tagung mit dem Wunsch, wenn auch keine Einstimmigkeit bei der Entscheidung erzielt worden sei, daß die Parteien trotzdem ihren Einfluß für die strikte Durchführung einsetzen würden, um so mehr, da der Entscheid nicht an allzu lange Zeit gebunden sei.

### Zur Beitragserhöhung.

Wenn wir im März des Vorjahres ein Sinken der Preise für den Lebensunterhalt feststellen konnten, so muß uns die rasende Steigerung aller Warenpreise, die seit der Mitte des Jahres 1921 eingetreten ist, zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt nicht wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gebracht werden kann. Die Gründe dafür liegen ja in dem verlorengegangenen Krieg und dem Verfall der Ansehensverträge. Doch das einleitend.

Nun muß doch jedem Arbeiter einleuchten, daß das fortwährende Steigen aller Warenpreise die Unkosten auch für die Organisationen bedeutend erhöht. In der zwangsläufigen Entwertung der deutschen Zahlungsmittel, dem Papiergeld, liegt doch zweifellos schon begründet, daß auch die Beiträge, die ja in Papiergeldem gezahlt werden, sich steigern müssen, wenn die Organisationen sich weiterhin erfolgreich betätigen sollen. Es klingt ein wenig hart, eine Beitragserhöhung von 100% vornehmen zu müssen. Jedoch Kollegen, vergeßt nicht, in welcher Weise die nur angezeigten Umstände ihren Einfluß auf die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes geltend

machen. Hat denn die Organisation andere Möglichkeiten als die, die Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu beseitigen durch eine Beitragserhöhung? Nein! Das ist einleuchtend. Kann sich nicht weigern, oder kämpfen auf die Organisationsleitung, den Beitrag zahlen. Unser Verband befindet sich in der Zwangslage, die Beiträge zu steigern. Die Kollegen, die sich der Steigerung widersetzen, begehen den Fehler, die Ursache nicht von der Folge zu unterscheiden.

Die „Beitrags- und Unterstützungsreform“, die in der Nummer 15 des „Vereins-Anzeiger“ veröffentlicht ist, stellt als ein großzügig angelegtes Werk vor. Mögen alle Kollegen den Ernst der Situation, in der wir uns augenblicklich befinden, voll würdigen. Wenn sich bei der praktischen Durchführung der Reform im besonderen manche Mängel und Fehler zeigen sollten, so können dieselben bald beseitigt werden. Im Interesse der Gesamtheit der Kollegenschaft steht zu hoffen, daß die Reform von allein, die in der Organisation den niemals wankenden Fels erblicken, anerkannt wird als ein Werk, das in der Lage ist, die Grundlagen unseres Verbandes als Interessenvertretung unserer Berufscollegen zu festigen und den Ausbau der Organisation wirksam zu fördern. Wenn die Kollegen von diesen Gesichtspunkten aus die Propaganda für die Reform aufziehen, dann ist der Erfolg auf unserer Seite. Vergessen wir niemals, daß der Verband die Waffe ist, mit deren Hilfe wir allen Anfeindern der Unternehmer und der Reaktion im Staat, gegen unsere Grundrechte, begegnen wollen. Darum stärkt die Kassen! Werbt neue Mitglieder für den Verband!

### Lohnbewegungen.

In ganz Oberschlesien befinden sich unsere Kollegen in einem Lohnkampf.

Schwege. Da mit den Arbeitgebern keine Einigung zu erzielen war, legten die Kollegen im Baugewerbe die Arbeit nieder.

Sann-Münden. Das Angebot der Arbeitgeber wurde als zu niedrig befunden, so daß es zur Arbeitseinstellung kam. In Marienburg kam es zum Streik, der nach 3 Tagen mit vollem Erfolg für unsere Kollegen beendet wurde.

München. Bei den plastischen Kunstanstalten fanden Lohnverhandlungen statt, die 30% Zulage zeitigten. Die Spitzenlöhne betragen nunmehr 15,80 M. und 16,70 M. pro Stunde.

In Lensahn, Marne und Teterow haben die Kollegen neue Forderungen an ihre Arbeitgeber gestellt.

Nach allen Orten, wo die Kollegen sich im Lohnkampfe befinden, muß der Zugang ferngehalten werden.

### Lackierer.

Zum Kampf in der süddeutschen Metallindustrie,

an dem auch eine große Zahl unserer Lackiererkollegen beteiligt ist, können wir zur Kennzeichnung der Situation folgendes berichten: In den bürgerlichen Zeitungen kritisierten die württembergischen Metallindustriellen die Abstimmung der Arbeiterschaft über die Heidelberger Vorschläge der Metallindustriellen. Es ist doch etwas Eigenartiges um die — Logik der Industriellen. Seit Wochen wird in Wort und Schrift von ihnen immer behauptet, daß die Organisationen und die Führer derselben die Arbeiter nicht über die „äußerordentlichen materiellen Zugeständnisse“ aufklären und daß deshalb die Arbeiterschaft eine ablehnende Haltung einnimmt. Nachdem nun in der gesamten Presse, in Zehntausenden von Flugblättern und nicht zuletzt durch die Inzerate, Plakate und Flugblätter der Metallindustriellen diese ebenfalls für vollste Aufklärung gesorgt haben und trotzdem die Arbeiter dem Diktat der Unternehmer sich nicht beugen, ist es einmal wiederum der von den Organisationen und Streikleitungen ausgeübte Terror, der schuld ist an der fast einstimmigen Ablehnung des Unternehmervorschlages. Merken die Herren denn gar nicht, daß keine Ueberredungsfrist und kein Terror es fertig bringen würden, eine solche Ablehnung herbeizuführen, wenn nicht die Ursachen wesentlich tieferlägen? Wir wollen davon absehen, daß schließlich doch die zunächst Beteiligten — und nicht die Metallindustriellen — darüber zu entscheiden haben, in welcher Form eine Abstimmung vollzogen wird. Es ist doch eine Sache der Selbstverständlichkeit — und geradezu eine unbeeinflusste und unverfälschte Abstimmung gebietet dieses — daß jeder einzelne, Abstimmend sich in eine Liste einträgt und auf seiner Ausweisliste einen Vermerk erhält, damit er nicht seine Stimme wiederholt abzugeben in der Lage ist. Er soll weder im bejahenden noch im verneinenden Sinne irgendwelche Einschüben mit seiner Stimme treiben können. Wenn nun gesagt wird: „Die Gewerkschaftsführer haben die Patrole ausgegeben, daß jeder mit Nein stimmen müsse“, so sei demgegenüber nur folgendes festgestellt:

Am 18. April 1922 war die Funktionärskonferenz von Württemberg. Sämtliche Organisationen und Vertretungen waren vertreten. Die große Mehrzahl der Vertreter stand im Arbeitsverhältnis. Es waren fast durchweg ältere, jahrzehntelang der Arbeiterbewegung angehörende Kollegen. Der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes erstattete einen rein sachlichen Bericht über die Heidelberger Verhandlungen und erklärte, daß die Konferenz in Heidelberg am 13. April, die von allen süddeutschen Bezirken besichtigt war, einstimmig das Angebot der Unternehmer für nicht akzeptabel erklärt hat und daß auch die Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Christ-Dürerischen Gewerksvereins durch eine abgegebene Erklärung sich rückhaltlos auf den Boden der freierorganisierten Arbeiter stellen. Der Bericht stand zur Diskussion; niemand wünschte das Wort dazu. Und als die Leitung der Konferenz dann darauf hinwies, „in einer so wichtigen Sache sich doch gründlich auszusprechen, ohne Rücksicht darauf, ob man mit den Ausführungen des Berichterstatters einverstanden sei oder nicht“, wurde einstimmig erklärt: Es wäre Zeitverschwendung, auch nur ein Wort zu verlieren, die Vorschläge der Metallindustriellen sind für die Arbeiterschaft unannehmbar, und wir wissen heute schon, daß diejenigen, die uns als Vertreter hieher geschickt haben, grundsätzlich ablehnend sich zu einem solchen Vorschlag verhalten.



So ist die Stimmung, und nicht so, wie sie die Metallindustriellen schildern. Die übereinstimmenden Berichte von Arbeitern, die ein Ende des Streiks herbeiführen und mit Ja stimmen wollten, aber daran verhindert wurden, die kennen wir nun nachgerade zur Genüge. Es müssen doch schon ganz zweifelhafte Elemente sein, die im vorliegenden Falle den Unternehmern gegenüber behaupten, an der Abgabe ihrer Stimme nach ihrer innersten Ueberzeugung gehindert worden zu sein. Wir verweisen aber auch darauf, daß die Abstimmung in München, in Nürnberg, in Frankfurt, in Mannheim überall genau das gleiche Resultat ergab.

Durchweg sind die Unternehmervor schläge mit 95 bis 98,5 % abgelehnt worden. Das sollte doch endlich einmal die Unternehmer davon überzeugen, daß die Metallarbeiter in ihrer Gesamtheit nicht gewillt sind, sich einem Diktat zu beugen, und daß ihr Entgegenkommen in Heidelberg sicher das äußerste war, zu dem sie sich aus grundsätzlichen und materiellen Erwägungen heraus bereit erklären konnten.

Nun noch zur Zahl der Abstimmenden. In bester Form lehren uns die Metallindustriellen, daß wir ja eigentlich kein Recht mehr zum Weiterstreiken haben. Nach einem Bericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes betrug die Zahl der am 3. April in allen bestreikten und ausgesperrten Betrieben insgesamt Beschäftigten 68 411, die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten 64 282. Bei der Abstimmung über den Schiedspruch vom 24. Februar, die am 2. März stattfand, beteiligten sich insgesamt 48 108 Ausständige. Die Differenz setzt sich zusammen aus Unorganisierten — vor allem Arbeiterinnen — und Jugendlichen. Die Zahl der Streikenden hat sich jedoch seit 3. April wesentlich verringert. Verschiedene Hunderte von Kollegen arbeiten in Nichtverbandsfirmen mit 48 Arbeitsstunden. Hunderte und aber Hunderte sind abgewandert in — andere Industrien. Einige Tausende der Streikenden befinden sich auf dem Lande bei ihren Eltern und bei Verwandten. Daß man schließlich nicht in jedem der hundert Dörfer in Württemberg, wo sich einer oder ein paar Streikende aufhalten, ein Abstimmungslokal errichtet, dürfte sich die Metallindustriellen wohl selbst sagen. Demnach ist festzustellen: Am 2. März haben den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses 89 064 abgelehnt und 3592 haben dem Schiedspruch zugestimmt. Den Heidelberger Vorschlag haben aber 41 994 abgelehnt und nur 1008 haben ihn zugestimmt. Ob die Metallindustriellen endlich einsehen, daß sie ihren Diktatpunkt verlassen müssen? Sonst ist weder jetzt noch später eine Verständigung möglich, und die Verantwortung für den entstehenden wirtschaftlichen Schaden trägt nicht die Arbeiterschaft, sondern die fällt in vollem Umfange auf die Unternehmer zurück.

In Welle haben die Kollegen in den Möbelfabriken in Gemeinschaft mit den Tischlern die Arbeit eingestellt.

München. Bei der internationalen Schlafwagen-Gesellschaft in Straubing fanden Lohnverhandlungen statt, die wegen zu geringen Angebots des Syndikus scheiterten. Noch vor der am gleichen Tage angeordneten Versammlung der Belegschaft des Betriebes wurde mit dem Leiter des Werkes selbst verhandelt, wodurch eine Zulage von 2 M. bis 3,30 M. die Stunde erreicht wurde. Der Lohn beträgt nunmehr 18,75 M. und 19,25 M. vom 1. bis 30. April. Es wurde vereinbart, noch vor Ablauf dieser Vereinbarung wieder zu verhandeln.

### Aus unserm Beruf.

Neustadt a. d. Orla. Schon mehreremal wurde hier eine Zählstelle errichtet, aber infolge Gleichgültigkeit der Kollegen war es nicht möglich, sie aufrechtzuerhalten. Am 12. Oktober 1919 gründeten einige Kollegen auf neue eine Zählstelle, die sich durch das treue Zusammenhalten dieser Kollegen gut gehalten hat. Zurzeit sind 26 Kollegen und 3 Begehler organisiert. 21 Kollegen sind in der Möbel- und Karoussellbranche beschäftigt, 5 im Baugewerbe, die zurzeit im Streik stehen. Durch die frühere Pässigkeit der Kollegen war kein Tarifverhältnis geschaffen worden; es stehen darum die Löhne im Malergewerbe hinter den Bauarbeiterlöhnen zurück. Vor dem Streik betrugen sie 7,50 respektive 8,75 M. Die Zulage vom 15. Februar in Höhe von 22 1/2 % wurde erst Ende März bezahlt, ohne Nachzahlung. Es wurde jetzt der Bauarbeiterlohn von 12,60 M. und der Abschluß eines Tarifvertrages gefordert, doch ist auch diese Forderung schon wieder durch die steigende Teuerung und den neu erhöhten Bauarbeiterlohn überholt. An den Kollegen selbst liegt es nun, durch festes Zusammenhalten bessere Zustände zu schaffen und vorhandene Mißstände zu beseitigen. Solange das nicht geschieht, muß Zugang ferngehalten werden.

### Eingefandt.

#### Zur Verschmelzungsfrage

wird der Bauarbeiterverbandstag Stellung nehmen. In mehreren Gewerkschaftsblättern wird daher erneut die Gründung des Baugewerksbundes erörtert, so auch in den Nummern 4 und 9 des Bauarbeiterorgans. Es ist eigentlich schon zu viel über diese Frage geredet und geschrieben worden, daß man sie nicht mehr in Erwägung zu ziehen braucht; ich bin der Auffassung, und mit mir auch viele Kollegen, ebenso auch andere Arbeitsfreunde in verwandten Berufen, daß diese Frage längst zur Verwirklichung reif wäre. Der breite Masse im Laufjahre nützen keine schönen Reden, gute Versprechungen, sondern sie will endlich Taten sehen.

Wenn nun in Nr. 9 des „Grundstein“ gesagt wird, daß der Bauarbeiterverband die ersten Schritte in dieser Frage unternommen hätte, so mag es wohl zum Teil seine Wichtigkeit haben, aber gesagt muß doch werden, daß der Bauarbeiterverband nicht immer so bereitwillig und so zugänglich gewesen ist wie zurzeit. Ich erinnere, als vor Jahren diese Frage ebenfalls zur Tagesordnung stand, jagte der Bauarbeiterverband: „Wir haben nichts gegen eine derartige Gründung, aber alle, die gewillt sind, müssen zu uns kommen!“ Dieser Gedanke ist ja gerade die Kernfrage, die bei den ablehnenden Gewerkschaften Bedenken erweckt; sie

befürchten eben, wenn sie in die großen Verbände „aufgehen“, sie auch in demselben Moment „untergehen“. Dieser Gedanke war auch der leitende zu der Resolution, die auf unserm Verbandstag in Frankfurt a. M. gefaßt worden ist. Keine Ablehnung, lieber „Grundstein“, sondern ein Aufruf an andere Gewerkschaften, um sie ebenfalls für diese Idee reif zu machen. Es soll nicht bestritten werden, daß diese Bedenken etwas für sich haben, deswegen muß ein Weg gefunden werden, der diese Bedenken überbrückt, und der Weg ist der, daß alle kleineren Organisationen sich restlos für diesen Gedanken aussprechen, damit wäre das Gleichgewicht gegenüber den großen Organisationen hergestellt.

Wenn nun heute gesagt wird, daß der Zimmererverband der Cäpfeiler des Widerstandes gegen den Baugewerksbund sei, so muß ich, wie bereits im „Grundstein“ gesagt wurde, ebenfalls sagen, daß der Hemmschuh in den Reihen der Führer im Zimmererverband zu suchen ist; denn so weit man mit den Arbeitsfreunden in Berührung kommt, sind sie ebenfalls für die Idee zu haben und würden es begrüßen, wenn der Baugewerksbund zustande käme.

Wägen nun die Dinge liegen, wie sie wollen, praktisch liegt es so, daß uns die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu zwingen werden. Wenn man die Bewegung beobachtet, so geht der Weg dahin, daß es einfach in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, daß einzelne Organisationen ihre wirtschaftliche Existenz nicht mehr sicherstellen können; somit werden die nackten Tatsachen vor Augen geführt, und die Notwendigkeit bedingt es, daß nur durch den Zusammenschluß der einzelnen Verbände zu einer Einheitsorganisation (Industrieverband), die wirtschaftlichen und politischen Ziele verwirklicht werden können. Die einzelne Organisation wird im Laufe der Bewegung nur noch eine Schachfigur bedeuten. Als langjähriger Kämpfer in der Verschmelzungsfrage hoffe ich, daß die Frage bald im Baugewerbe ihrer Lösung entgegengebracht wird.

R. Dieblicher, Frankfurt a. M.

### Aus der Betriebsrätepraxis.

Wann können fortbildungspflichtige Jugendliche über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden? In der bürgerlichen Presse wird von Arbeitgebern auf Grund einer Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts die Sache so dargestellt, als ob es rechtlich zulässig sei, Jugendliche ohne weiteres die für den Schulbesuch notwendige Zeit nacharbeiten zu lassen. Diese Darstellung ist falsch! Der Arbeitgeber kann nur dann in der Beschäftigung fortbildungspflichtiger von der für einen Betrieb regelmäßigen Arbeitszeit abweichen, ohne sich strafbar zu machen, wenn eine entsprechende Festlegung der Arbeitszeit, die im Einverständnis mit der Betriebsvertretung erfolgt sein muß, Voraussetzungen für die Jugendlichen vorliegt. Dies wird kaum irgendwo der Fall sein; infolgedessen macht sich der Arbeitgeber strafbar, wenn er eigenmächtig für die Schulpflichtigen eine von der Regel abweichende Arbeitszeit festlegt.

Für die Betriebsräte ergibt sich aus dieser Sachlage die Notwendigkeit, auf Innehaltung von dem festgesetzten Beginn und Ende der Arbeitszeit auch für die Jugendlichen zu achten. Darüber hinaus müssen selbstbeständig die Versuche der Arbeitgeber, für die fortbildungspflichtigen im Einverständnis mit dem Betriebsrat eine andere Arbeitszeit festzusetzen, zurückgewiesen werden. Die Jugendlichen selbst aber haben die Pflicht, sich um die für ihren Betrieb geltende Arbeitsordnung zu kümmern, um etwaige Gesetzesverletzungen ihrer Arbeitgeber feststellen zu können. Für Abänderung und Anzeige werden die Organisationen dann schon Sorge tragen.

Wahlordnung zum Gesetz betreffend die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Die sechste erschienene Nr. 27 des Reichsgesetzblatts enthält die vom Reichsarbeitsministerium auf Grund des Gesetzes vom 15. Februar 1922 erlassene Wahlordnung, betreffend die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Betriebsräte im Aufsichtsrat. Zu dem am 22. Februar 1922 erschienenen Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat ist erst jetzt die Wahlordnung herausgekommen, obwohl schon bis 1. Mai dieses Jahres die Wahlen eingeleitet sein sollten. Viele Unklarheiten werden bei der Durchführung der Wahlen aufkommen, und der Wunsch nach einem Führer durch dieses Gesetz laut werden. Da kommt ohne Zweifel die Broschüre „Betriebsräte im Aufsichtsrat“ von Clemens Röhrpel gerade noch zur rechten Zeit, um diese bestehende Lücke auszufüllen. Röhrpel, der Sekretär der Reichsbetriebszentrale der Gewerkschaften, bringt in seiner Broschüre, die als Heft 12 in der Reihe der Betriebsratschriften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, erscheint, neben dem Text des Gesetzes und der Wahlordnung umfangreiche Erläuterungen und Anmerkungen. Er stellt, um den gesamten Stoff übersichtlicher zu gestalten, auch die Paragraphen der früheren Reichsgesetze zusammen, die beim Lezen des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat zu beachten sind, wie zum Beispiel die des Handelsgesetzbuches, des Gesetzes, betreffend die G. m. b. H., des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und des Gesetzes, betreffend die privaten Versicherungsunternehmungen. Dieses Büchlein wird ein guter Wegweiser durch das Gesetz und für die Wahlen sein. Die Broschüre kostet 7,50 M.

### Baugewerbliches.

#### Der Bauhütten-Betriebsverband „Nord“ G. m. b. H.

in Hamburg gab kürzlich seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1921 heraus. Der Verband ist im März vergangenen Jahres gegründet worden, um die in Hamburg, Schleswig-Holstein und in einem Teil der Provinz Hannover vorhandenen sozialen Baubetriebe kaufmännisch, technisch und wirtschaftlich zu beraten und ihnen nach Möglichkeit einen festen finanziellen Rückhalt zu geben. Dem Verband gehörten am Schlusse des ersten Geschäftsjahres 18 soziale Baubetriebe und Baunebenbetriebe an, die am

1. Dezember insgesamt 852 Arbeiter und Angestellte beschäftigten. Sämtliche Betriebe, bis auf die „Heiztechnische Löfferei-Gesellschaft“ in Hamburg, die Bauhütte „Bauwohl“ in Hamburg und die Gesellschaft zur Förderung der hygienischen Zubereitungen in Hamburg, haben die Form von Genossenschaften. Der Bauhütten-Betriebsverband ist aber bemüht, die Genossenschaften in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umzuwandeln. Außer in Hamburg, wo neben der Bauhütte „Bauwohl“ und der Genossenschaft „Bauwohl“ noch ein Malereibetrieb, ein Klebnereibetrieb, ein Tischlereibetrieb, ein Löffereibetrieb und ein Heiztechnischer Betrieb vorhanden sind, bestehen Betriebe in Garburg, Kiel, Lübeck, Stade, Schleswig, Heide, Gufum, Hensburg, Westerland a. Spitt, Cutin, Brunsbüttelkoog und Soltau i. Hann. In Cuxhaven steht die Gründung einer Bauhütte bevor. In Hamburg wird versucht, den Eigenbetrieb der Stadt zusammen mit der dortigen Bauarbeitergenossenschaft in eine Bauhütte umzuwandeln. Die bestehenden Genossenschaften haben im Oktober 1921 einen Revisionsverband gebildet, dessen Satzungen voraussichtlich demnächst vom Reichsrat anerkannt werden. Alle Betriebe, bis auf einen, haben im abgelaufenen Geschäftsjahr gut gearbeitet und zum Teil, trotz erheblicher Verbilligung der Bauten, schöne Ueberschüsse erzielt.

Der Bauhütten-Betriebsverband „Nord“ G. m. b. H. hat für eine Reihe von Betrieben die Angebote, Massenberechnungen und Vorkaufspreise ausgearbeitet sowie die Zeichnungen angefertigt, die Buchführung eingerichtet und die Jahresabschlüsse geprüft. Er hat die Betriebe, soweit er dazu in der Lage war, auch finanziell unterstützt. Sein ganzes Stammkapital in Höhe von 410 000 M. hat er den Betrieben als Darlehen gegeben. Weitere 55 000 M. hat er als Stammkapital im Betriebe eingebracht. Durch seine finanzielle Hilfe und seine Mitarbeit konnten einzelnen Betrieben namhafte Aufträge zugeführt werden. Der Bauhütten-Betriebsverband hat sich auch praktisch um die Lösung der Wohnungsfrage bemüht. Da die Sozialisierung des Wohnungswesens von behördlicher Seite nicht vom Reich kommt, hat er, gemeinsam mit dem Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Nordbundes und der Betriebsrätezentrale in Hamburg eine „Baugenossenschaft freier Gewerkschafter“ gegründet, die mit öffentlichen Zuschüssen für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Hamburg Wohnungen bauen lassen soll. Die Arbeiten selbst sollen unter der Oberleitung des Bauhütten-Betriebsverbandes von den sozialen Baubetrieben in Hamburg ausgeführt werden. Eine ähnliche Genossenschaft ist mit seiner Hilfe in Vergedorf errichtet worden. Zur Bewältigung seiner Aufgaben beschäftigt der Bauhütten-Betriebsverband einen technischen Geschäftsführer, einen Buchhalter (dem insbesondere auch die Revision der Betriebe obliegt) und einen weiteren Techniker. Obwohl der Bauhütten-Betriebsverband im abgelaufenen Geschäftsjahre noch keine Einnahmen aus produktiven Anlagen hatte, schließt seine Jahresbilanz mit einem kleinen Gewinn ab. Die am 22. März in Hamburger Gewerkschaftshalle abgehaltene Gesellschafterversammlung erhöhte das Stammkapital von 410 500 M. auf 650 000 M.

### Gewerkschaftliches.

Zweite Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Am 17. und 18. Juni d. J., also 2 Tage vor dem Gewerkschaftskongress, wird in Leipzig eine Konferenz stattfinden, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hat:

1. Bericht des Jugendsekretariats. (Masche.)
2. Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. (Dr. Löwenberg.)
3. Musterstatuten für gewerkschaftliche Jugendkassen. (Siegle.)
4. Die Neugestaltung des Lehrlingsrechts und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung. (Weißner.)
5. a) Lehrwerkstätten. (Ing. Fröblich.)  
b) Die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften. (Wilhelm, Frankfurt a. M.)

Zu dieser Konferenz sind alle Verbandsvorstände eingeladen. Die Orts- und Bezirksausschüsse des ADGB, sowie Ortsverwaltungen einzelner Verbände, soweit sie für die Jugendarbeit besondere Einrichtungen geschaffen haben, können zu dieser Konferenz Vertreter entsenden. Die Kostentragung erfolgt selbstverständlich in jedem Falle durch die Organisation, die Vertreter entsendet. Die Anmeldung der Delegierten soll bis zum 15. Mai beim Vorstand des ADGB, Berlin SO 16, Engelkufer 24, erfolgen. Ebenfalls sind Anträge zur Tagesordnung bis zum gleichen Zeitpunkt einzureichen.

Mangel an Facharbeitern. Der Ruf nach Facharbeitern wird immer dringender, und es ist nicht zu verkennen, daß in einer Reihe von Berufen tatsächlich ein fühlbarer Mangel besteht, teils als unmittelbare Kriegsfolge durch Vernichtung der Arbeitskräfte und jahrelangen Ausfall des gewerblich geschulten Nachwuchses, teils als Folge veränderter Produktionsgrundlage der deutschen Wirtschaft. Abgesehen davon, daß der Mangel an geschulten Kräften der Gesundheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen hinderlich ist, wird oft die Beschäftigung ungelerner Erwerbsloser unmöglich, weil die Voraussetzung hierfür, nämlich der gelernte Facharbeiter, fehlt. Die Arbeiter haben daher Ursache, dieser Frage mehr Beachtung zu schenken, als es tatsächlich geschieht. Die Bemühungen, durch die produktive Erwerbslosenfürsorge die Umschulung ungelerner Arbeiter zu Facharbeitern zu betreiben, hat leider bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Trotzdem muß alles geschehen, um die Frage zu lösen. Wo Kurzweiligkeit die eine oder andere Berufsgruppe in dem gewerblichen Zuwachs lediglich eine unerwünschte Konkurrenz erblicken läßt, muß diese Anschauung bekämpft werden. Besonders dringlich ist der Mangel an baugewerblichen Facharbeitern. Es haben sehr eingehende Beratungen zwischen den Arbeiter- und Unternehmerverbänden und der Regierung stattgefunden, um für die Umschulung zu Bauhandwerkern die notwendigen organisatorischen Grundlagen zu schaffen. Es ist zu erwarten, daß das Reichsarbeitsministerium bereits in den nächsten Tagen auf gemeinsamen Beratungen beruhende Richtlinien für die produktive



Erwerbslojenfürsorge veröffentlicht wird, die die Umschulungsfrage (zunächst für Bauhandwerker) einheitlich regeln.

Sozialpolitisches.

Einen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslojenunterstützung haben die Vorstände des ADGB, und des Abwandes dem Reichsarbeitsminister unterbreitet.

Das Reichsarbeitsministerium hat durch Verordnung vom 1. April bestimmt, daß in den Orten, die gelegentlich der Nachprüfung des amtlichen Ortsklassenverzeichnis in eine höhere Ortsklasse versetzt wurden, diese Abänderung auch für die Erwerbslojenfürsorge gilt.

Vom Ausland.

Der schwedische Gewerkschaftsbund im Jahre 1921. Der Jahresbericht der gewerkschaftlichen Landeszentrale Schwedens steht im Zeichen der großen Arbeitslosigkeit.

Die allgemeine Lage erzeugte zahlreiche Konflikte, da die Arbeitgeber auf den Lohnabbau hinarbeiteten. Nach den neuesten Angaben wurden für 12 wichtige Arbeitergruppen die Löhne um 20 bis 23 % herabgesetzt.

Am Ende des Berichtsjahres schlossen sich die Verbände der Väter und Konditionen, Fleischer und der Mülereiarbeiter zum Lebensmittelarbeiterverband zusammen.

Verschiedenes.

Die Farbe auf der deutschen Gewerbechau in München. Die Deutsche Gewerbechau wird am 13. Mai eröffnet werden. Die Beteiligung seitens der Aussteller ist sehr stark.

Der sich an einen Arkadenhof gruppierende Anbau, der für die 'Farbe' errichtet wird, wird zwischen den Hallen 3 und 4 liegen und dieselben miteinander verbinden.

lärdenhof. Eine Reihe von Bogen mit eigenartiger Linienführung umlaufen den gepflasterten Hof, dessen besondere Zierde die Gruppe eines Brunnens mit einem alten an dieser Stelle befindlichen Kastanienbaum bildet.

Die letzte und größte Abteilung wird ein runder, von phantastischem Gewölbe überdeckter Raum sein. Seine Beleuchtung ist eine künstliche, zum Teil von Scheinwerfern aus den Gewölbezirkeln und andern verdeckten Lichtquellen.

Die Geschäftsstelle der Ausstellung befindet sich in München, Theresienhöhe 4a/o (Kassenzimmer).

Fachtechnisches.

Für das neue Tiefporen-Maschinen-Verfahren in Pleinsfeld in Bayern sind im vergangenen Winter in der staatlichen Versuchsanstalt in Hamburg zwei nebeneinanderlaufende Unterrichtskurse abgehalten worden, an denen außer den Schülern der regelmäßigen Fachkurse für Holz- und Warmmalerei einige Arbeitgeber und eine größere Anzahl von Kollegen und Verbandsmitgliedern teilnahmen.

Fachliteratur.

Der Weggenosse. Ein Fachlehrbuch zur Förderung von Allgemeinbildung, Wissen und Können für die Jugend des Gesamt-malerberufes: Dekorationsmaler, Anstreicher, Lackierer, Vergolder, Glaser, Tapezierer, Lüncher und Weisbinder.

nisse streben und sich im Berufe vervollkommen wollen. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, hat der Autor, seine Aufgabe gut gelöst. In bester Weise hat hier der auch theoretisch ausgebildete Fachmann erkannt, wie ein jugendlicher Nachwuchs in das große, vielseitige Gebiet des Berufslebens eingeführt und das Verständnis für die wichtigsten Fragen der Berufsausbildung geweckt werden kann.

Literarisches.

Das Reichsmietengesetz. Systematische Darstellung nebst Kommentar von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenigheim und Dr. Paul Herz, M. d. R. Preis 10 M. 48 Seiten. Verlag der Buchhandlung 'Freiheit', Berlin C2, Breite-straße 8/9.

'Natur und Liebe.' Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung, und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Klostoc. Heft 10. Inhalt: 'Religionserfah'. Was heißt: deutsch sein? Mission der Kirche. Schulleistung und soziale Umwelt. Kapitalistischer Sprache. 8 Hefte 6 M. und 1,50 M. Porto.

Sterbetafel.

- Essen. (Zahlstelle Katernberg.) Am 6. April starb infolge Lungentzündung unser Kollege Gregor Senitz im Alter von 29 Jahren.
Gagen i. W. Am 11. April starb unser treues Mitglied Stanislaus Rabiger an Gasvergiftung im Alter von 39 Jahren.
Halle a. d. S. Am 14. April starb nach langem Leiden unser Kollege Alfred Hildebrand im Alter von 41 Jahren.
Herford. Am 27. März starb plötzlich unser Kollege Heinrich Rüttenmeier im Alter von 21 Jahren an Blinddarmentzündung.
Königsbrunn i. Oberschl. Am 21. April starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege Alois Koppa, 33 Jahre alt.
Wiesbaden. Der Kollege Heinrich Müller, Lackierer, starb am 2. April und am 4. April starb Kollege Philipp Meyer an Lungentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Autolackierer

für dauernde Beschäftigung steht bei guter Lohn ein Karosseriewerk von EUPEN, G. m. b. H. & Co., Essen.

Maler und Anstreicher

Sehr brüderliche wird vergütet. Gütlich nachsehen. 2. Heiliger, Hakenstraße 11, G. Tübingen i. Eberstadt.

Wilhelm Walter

Tele, Lacke, Leime. Bestehe Beschäftigung für Maler und Anstreicher. Hamburg, Gerdesstraße 72. Geschäftszeit von 7 bis 5 Uhr.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Seine Geschäftsstelle befindet sich jetzt Unter-Baymen, Unter 8, par. 1.



Malermäntel

wieder in guten Qualitäten lieferbar.

Proben u. Preisliste kostenlos.

D. Wurzel & Co.

Berlin SO. Brückenstraße 13. Fernruf-Hörapp. 12350

Jeder Kollege

bestelle sofort einen Probekorb 'Der Dekorationsmaler'

2. frühere Hefte mit 12 feinsten Farbentafeln. Preis 1.20 bei Fernbestellung des Probekorb.

Quelle: Verlag. München-Fink, Pappmühl. 2.

Flotte Holzmaler für das

Rospa-Ritzverfahren

zum sofortigen Eintritt in gutbezahlte Stellen dauernd gesucht. Eine sehr gutbezahlte Meisterstelle in Bonn a. Rh. ist dringend zu besetzen. Entgeltliste mit Angabe, wo Verfahren gelernt und eventuell praktisch darin betätigt, vermittelt.

Robert Oldenbruch, Farbenfabr., Pleinsfeld i. S.

Arbeitslose

oder eine selbständige Griffens Suche, die mit leichter Mühe zu Hause vom Tisch am wöchentlich 300 bis 400 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Panzen zur Aufbereitung von Brillant-Glasplattmalereien sowie zur Herstellung von Glas- und Schildmalereien aller Art zubereiten. Mit Hilfe meiner Buchstabenpanzen kann jeder sofort die feinsten Glasplattmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und Borechnes sind. Ganze Serien Buchstabenpanzen, bestehend aus 16 Doppelalphanabeten, jedes Alphanabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm. sowie Zeichen, Zahlen und Verzierung in 4 verschiedenen Größen nebst fertigen Brillant-Glasplatt mit eigenen Namen des Befellers im Werte von allein 15 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serie nur 35 M. gegen Rücknahme oder Einzahlung des Betrages von 10 M. Albin Huttmacher, Maler, Olden (Süd), Rheinland.

Rockenit
wetterfest - waschfest - säurefest
Der beste Anstrich für Industriebauten, Werkstätten, Maschinenhäuser, Reklamegiebel und Siedlungsbauten. Literatur zu Diensten.
Zu beziehen durch den Großhandel.
Heinrich Gammay, Chemische Fabrik, Pasingen a. d. I. - Stuttgart.

Die Woche vom 8. bis 13. Mai 1922 ist die 19. Beitragswoche.